

Ware, Wettbewerb, Wissenschaft

Über die Ökonomisierung des Bildungs- und Hochschulwesens

Spätestens im Zuge der sich häufenden Schüler*innen- und Studierendenproteste seit 2002 wurde mit Slogans wie „*Bildung ist keine Ware*“ wieder vermehrt Kritik am Zustand des Bildungssystems in die Öffentlichkeit getragen und auch das Thema Studiengebühren sorgt bis heute in aller Regelmäßigkeit für kontroverse Debatten. In diesem Text soll deshalb der Frage nachgegangen werden, wie Bildung im Allgemeinen und die Hochschule im Speziellen in der gegenwärtigen Gesellschaft organisiert ist und welche Funktionen sie in dieser erfüllt.

Im kapitalistisch verfassten System muss sich das gesamte Bildungssystem ebenso am ökonomischen Prinzip der Verwertbarkeit orientieren, wie die übrigen Bereiche der Gesellschaft. Ausgebildete Fachkräfte und wissenschaftliche Forschung sind dabei selbst begehrte Waren, und damit den wechselhaften Launen und Bedürfnissen des „Marktes“ unterworfen.

Bedingt durch den globalen Konkurrenzkampf mit dem Ziel der Profitmaximierung ist es für Unternehmen oftmals zu risikoreich, selbst in teure Forschung zu investieren. Die Rentabilität der Ergebnisse ist schließlich selten vorhersehbar und es bleibt ungewiss, ob die Fachkräfte nach Abschluss ihrer langen und verhältnismäßig teuren Ausbildung nicht doch zur Konkurrenz gehen.

Die Unternehmen sind deshalb auf ein öffentliches Forschungssystem angewiesen – finanziert durch staatliche Gelder, sowie durch Drittmittel aus der Privatwirtschaft. Im Interesse des Bildungs- und Forschungsstandorts Deutschland subventioniert der Staat betriebliche Ausbildungen und bildet in staatlichen Hochschulen Fachkräfte für die Wirtschaft aus. Gleichzeitig arbeiten Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Professor*innen in Hochschuleinrichtungen für vergleichsweise geringe Drittmittel den Unternehmen durch Forschung zu.

Diese Arbeitsteilung zwischen Privatwirtschaft und dem öffentlichen Wissenschaftssystem bilden somit die Basis für Innovation in den Unternehmen und letztlich der Vermehrung ihres Kapitals.

Das zwangsläufige Resultat ist eine marktförmige Organisation der Bildungseinrichtungen, beginnend bei den Schulen. Die (Aus-)Bildung der Schüler*innen bezweckt in diesem Kontext neben der Vermittlung eines kleinen Grundstocks an allgemeingesellschaftlichem Wissen vor allem ihre Nutzbarmachung für die Wirtschaft. Wissen wird so zur Ware im Konkurrenzkampf des „Humankapitals“ auf dem Arbeitsmarkt.

Zur Rolle der Hochschulen im Kapitalismus

Hochschulen gelten in ihrem Selbstverständnis sowie der Außenwirkung in der Regel als freier, unabhängiger Ort der Wissensaneignung und der „höheren Bildung“. Doch nicht erst durch die

marktliberalen Hochschulreformen der letzten Jahre gerät dieses Bild ins Wanken, sondern die Tendenz zur Ökonomisierung des Hochschulwesens ist bereits in den kapitalistischen Rahmenbedingungen selbst angelegt. Dies zeigt exemplarisch die Einrichtung von Fachhochschulen Ende der 1960er Jahre, mit denen die anwendungsorientierte Ausbildung vorangetrieben wurde. Die allgemeine Bildung der Menschen durch Wissenschaft wurde schrittweise in eine Form von akademischer Kurz-Berufsausbildung transformiert. Diese Entwicklung wurde u.a. mit der Bologna-Reform ebenso an Universitäten fortgesetzt und zieht zahlreiche Folgen für das Verständnis von Hochschulbildung und ihrer konkreten Organisierung nach sich. Eine stärkere Verschulung der Studiengänge mit dem Ziel der Abfrage standardisierten Wissens, die Angleichung des „Workloads“ an einen durchschnittlichen Arbeitsalltag, eine Verkürzung der Regelstudienzeit kombiniert mit Anwesenheitspflicht und ständigen Leistungskontrollen und nicht zuletzt die Einführung des Bachelors als „berufsqualifizierender Abschluss“ haben dazu geführt, dass das Studium „entwissenschaftlicht“ wurde – zu Gunsten einer ökonomisch zweckgebundenen Ausrichtung der Lehrinhalte an der „employability“ (Arbeitsfähigkeit). Eine eingehende, reflexive Beschäftigung mit verschiedenen Themen hat im kapitalistischen Wettbewerb offenbar nur eine geringe Relevanz. Anstelle der Idee einer breiten Förderung aller Interessierten tritt das Prinzip der Auslese.

Konkurrenzdruck macht sich allerdings nicht nur bei den Studierenden im Kampf um den richtigen Studienplatz und dessen Finanzierung breit. Auch die verschiedenen Hochschulen selbst stehen im Wettbewerb um die Verteilung staatlicher Gelder, welcher erhebliche Auswirkungen auf die unterschiedlichen Ebenen des Hochschulsystems hat. Erfolgreiche Forschung wird weniger an der gesellschaftlichen Relevanz der Ergebnisse gemessen, sondern vielmehr an der Höhe der erreichten Drittmittel und damit dem Ansehen der jeweiligen Hochschule.

Die „Exzellenzinitiative“, also die hohe materielle Förderung einzelner Spitzenunis, hat wohl bisher am Deutlichsten gezeigt, dass die Lehre kritischer, sozialpolitischer und emanzipatorischer Wissenschaften gerne mal eingestellt wird, wohingegen beispielsweise profitable Militärforschung an Hochschulen wortwörtlich verteidigt wird.

Braunschweig – Stadt der (unabhängigen) Wissenschaft?

Diese Umstrukturierung des Hochschulwesens ist auch in Braunschweig an der hiesigen Technischen Universität (TU) deutlich sichtbar. Die Schwerpunktsetzung der regional ansässigen Wirtschafts- und Wissenschaftsunternehmen, besonders im Bereich Mobilität und Verkehr, spiegelt sich im Studienangebot sowie der wissenschaftlichen Ausrichtung der TU wieder. Die in diesem Bereich konzentrierten Drittmittel führen nicht nur zur Anbindung der Universität an die in der entsprechenden Branche tätigen Unternehmen, sondern auch zur direkten Finanzierung von Stiftungsprofessuren mit eigenem Lehrstuhl, wie u.a. durch Volkswagen, Salzgitter AG oder Intel geschehen. Angesichts derartiger Kooperationen und

der sich daraus ergebenden finanziellen Abhängigkeiten ist eine von wirtschaftlichen Interessen freie und damit selbstständige Forschung und Lehre nur bedingt vorstellbar.

Hinter dieser zunehmenden Hinwendung zur Wirtschaft muss dabei nicht einmal böser Wille oder politisches Kalkül vermutet werden. Vielmehr stellt der Wandel zur „unternehmerischen Hochschule“ in Anbetracht ihrer chronischen Unterfinanzierung eine ökonomische Notwendigkeit dar, um im kapitalistischen Wettbewerb bestehen zu können.

Folglich bleiben auch innerhalb der Hochschulen auf dem sonstigen Arbeitsmarkt offenkundige Ungleichheiten nicht aus. Wenn öffentliche Mittel nur befristet und im geringen Ausmaß bewilligt werden, ergeben sich daraus fast zwangsläufig befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbetrieb selbst. Insbesondere betrifft dies den akademischen Mittelbau, also studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, die als billige und flexible Arbeitskräfte wissenschaftliche Forschung und Lehre verrichten.

Bildung ist mehr wert!

Die Antwort auf diese umfassende Umgestaltung der Hochschulen im Sinne wirtschaftlicher Verwertung sollte allerdings nicht daraus bestehen, sich eine nur für wenige privilegierte Menschen zugängliche, hierarchisch organisierte Eliteeinrichtung verklärend zurückzuwünschen, in der Bildung zum bloßen Selbstzweck verkommt.

Stattdessen muss die grundsätzliche Frage nach der gesellschaftlichen Funktion von Bildung und Wissenschaft gestellt werden. Diese sollte darin bestehen, Kompetenzen und Wissen zur Auseinandersetzung mit und Lösung von gesellschaftlichen Problemen zu vermitteln.

In diesem Verständnis dient Bildung dem Zwecke der Gesellschaft sowie der Bedürfnisbefriedigung der Menschen und schafft somit die Grundlage für Emanzipation und Fortschritt. Das bedarf einer radikalen Öffnung der Hochschulen für alle Menschen ebenso wie der Stärkung demokratischer Selbstbestimmung und ökonomischer Unabhängigkeit.

Kurz gesagt: Bildung sollte also tatsächlich im besten Wortsinne keine Ware sein – das allerdings weiß der Kapitalismus zu verhindern.